



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/147 - 1.7.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

Arnold und der Druck aus Bonn	S. 1
Eupen - Malmedy hat Sorgen	S. 3
Der Schwindel mit der "Volksbefragung"	S. 4

Vor der Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen

Von Heinz Kühn, MdB

Wenn es nicht die sieben Mio Wähler Nordrhein-Westfalens getan hätten, könnte man annehmen, dass die Parlamentszusammensetzung des Landtages der Schabernack eines politischen Kobolds sei. Was da am Abend des 27. Juni aus der Wahlurne sprang, wird den Regierungsmachern einiges Kopfzerbrechen bereiten.

Dass Bundeskanzler Adenauer eine Bonner Koalition, also eine CDU-FDP-Regierung mit eventueller Zentrumsverzierung wünscht, ist bekannt. Dass dies jedoch keineswegs der Wunsch der nordrhein-westfälischen Wähler ist, wird zu einer noch deutlicher erkennbaren Tatsache, wenn man das Wahlergebnis analysiert. Adenauer selbst betonte als Wahlredner immer wieder, dass der 27. Juni ein Plebiszit für seine Außenpolitik sein werde. Die Argumente aller großen Parteien wurden in diesem Wahlkampf, der nicht mit sehr viel landespolitischem Konfliktstoff geladen war, denn auch vorwiegend aus dem außenpolitischen Arsenal genommen. Das Ergebnis: die Partei Adenauers verlor gegenüber dem 6. September fast 1,1 Mio Stimmen. Die FDP konnte gegenüber der Bundestagswahl zwar davon gerade die hunderttausend gewinnen, die die CDU über die Million hinaus verlor, aber es ist kein Geheimnis, dass die FDP Nordrhein-Westfalens in diesem Wahl-

1. Juli 1954

kampf außenpolitisch besonders mit der Konzeption Pfeleidersers zu Felde gezogen ist, also gerade außenpolitisch als "Opposition in der Koalition" Adenauers auftrat.

Selbst kanzlertrauendste CDU-Leute werden es für einen unzumutbaren Appell an ihre Einsichtsunfähigkeit halten, dass sie einen Wahlerfolg Adenauers darin erblicken sollen, wenn nach neun Monaten Bonner Koalition in Düsseldorf eine Niederlage geboren wird, die die CDU allein mehr als eine Mio Stimmen kostet. Und das bei einer landespolitisch denkbar günstigen Position der Arnold-Regierung, die, gestützt auf ein außerordentlich hohes Steueraufkommen und eine günstige Wirtschaftskonjunktur, auf gewichtige, wenn auch keineswegs ausreichende Erfolge hinweisen konnte. "Mit Arnold für Adenauer", diese Parole hat Adenauer trotz des sozialen Nimbus, der von dem christlichen Gewerkschaftler Arnold auf zahlreiche katholische Arbeiter immer noch ausstrahlt, keinen Erfolg gebracht. Sie hat höchstens den Mißerfolg gebremst, der für Adenauer ohne Arnold noch größer gewesen wäre. Der Ministerpräsident aber zahlte für seine Vasallendienste an den Bundeskanzler mit dem Verlust der Mehrheit seiner bisherigen Regierung.

Mit Adenauer gegen Arnold?

Die Verbrüderungsparole ist also den beiden siamesischen Zwillingen der CDU nicht gut bekommen und es bedarf keiner besonders weitsichtigen Prophetie, vorauszusagen, dass der Schlachtruf der Wahllareña "Mit Arnold für Adenauer" sich bald in die Fraktionslosung des Parteischungels wandeln wird: "Mit Adenauer gegen Arnold!" Dann nämlich, wenn Arnold an seinem Wunsch festhalten sollte, gemeinsam mit der SPD eine Regierung der sozialen Verantwortung zu bilden. Diesen Wunsch hatte Arnold bereits 1950, er hat ihn nunmehr wieder in der ersten Unterhaltung nach dem 27. Juni Adenauer gegenüber als eine der Möglichkeiten vorgetragen. Aber trotz des politischen Prestigeverlustes des Kanzlers ist in der CDU nicht entscheidend, was Arnold wünscht, sondern was Adenauer will.

Gewiß könnte Arnold, - der, ohne bereits von der neuen CDU-Fraktion als Ministerpräsidentenkandidat gewählt worden zu sein, es doch schon praktisch ist - darauf hinweisen, dass sich in dem großen Erfolg der SPD der Wille der Wähler manifestiert, dieser Partei die Mitverantwortung für die Regierung zu übertragen. Gewiß wird er dabei auf die Unterstützung des Zentrums rechnen können, dessen führende Männer sich bereits vor der Wahl für eine CDU-SPD-Koalition ausgesprochen haben, falls die bisherige Kleinstkoalition nicht mehr auf der Basis einer parlamentarischen Mehrheit fortgeführt werden könne. Gewiß wird Arnold dem Kanzler mit dem Argument entgegentreten können, dass es unzumutbar für ihn ist, mit einer nordrhein-westfälischen FDP zu koalieren, deren Rechtskurs gerade in diesem Lande so stark ist, dass sie in der Spitzengruppe ihrer Abgeordneten Ministerkandidaten aufführt, die vor nicht allzu langer Zeit noch im Zusammenhang mit Naumann genannt wurden.

Aber das alles wird die Berechnungen Adenauers nicht beirren, zumal er zwei Ziele mit einem Schlag erreichen will: Arnold durch eine FDP-Koalition vollends an die Kette der Kanzlerpolitik zu legen und als möglichen innerparteilichen Gegenspieler auszuschalten; zweitens die FDP an den Kurs des Kanzlers gerade in demjenigen Lande zu fesseln, in dem sich die FDP-Tendenzen auf Sprengung der Bonner Koalition bisher am stärksten gezeigt haben.

1. Juli 1954

Der innerparteiliche Machtkampf Adenauer-Arnold mag längst entschieden und weder Arnold persönlich, noch das Ahlener Programm programmatisch eine Alternative in der CDU sein. Aber Adenauer ist nicht aus der menschlichen Substanz, im Triumph über seine Gegner maßvoll zu sein, wenn die Situation es ihm gestattet, maßlos zu sein. Die Parteisorgen des achtundsiebzigjährigen Kanzlers brauchen nicht den Rivalen von heute zu fürchten, sie müssen sich aber auf den Nachfolger von morgen richten. Viele werden genannt und bei jeder Nennung klingen laute Unmöglich-Rufe aus allen Ecken der CDU. Des Kanzlers persönliches "Unmöglich" jedoch wird am lautesten bei Arnold sein.

In einer Koalition mit der FDP würde Arnold sein soziales und allgemeinpolitisches Gesicht verlieren. Bereits vor der Wahl hat Dehler sich erboten, Arnold durch eine Koalition CDU-FDP sözusagen vor den Konsequenzen seines eigenen sozialen Programms zu schützen. Und die Wiederholung des Experimentes von 1950, als der Ministerpräsident Arnold um ein Haar zu einem Wirtschaftsminister Achenbach gekommen wäre - die Blumen zum Empfang waren im Wirtschaftsministerium bereits aufgestellt -, würde Arnold auch noch zusätzlich vor den Konsequenzen seiner politischen Gesinnung "bewahren". Auch damals drängte Adenauer zu dieser Koalition und Arnold verdankte es vor allem dem Zentrum, wenn er vor vier Jahren "noch einmal davongekommen" war.

Von der Kleinstkoalition zum Minderheitenkabinett?

Die denkbar kleinste Majorität, über die im letzten Landtag CDU und Zentrum verfügten, hat sich nunmehr in den denkbar kleinsten Abstand von dieser Miniaturmajorität gemindert: aus 109 zu 106 wurde nun 99 zu 101. Nichtsdestoweniger mögen sich Arnolds um einen Ausweg bemühte Überlegungen vor allem auf die Fortführung seiner bisherigen Regierungskonstruktion konzentrieren. Die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen begünstigt eine derartige Spekulation. Nach Artikel 52 wird der Ministerpräsident ohne Aussprache mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten gewählt. Im ersten Wahlgang könnte der Ministerpräsident einer CDU-Zentrum-Regierung allerdings nur gewählt werden, wenn mindestens zwei von den wenigen liberalen Abgeordneten, die noch in der FDP-Fraktion verblieben sind, in der vorgeschriebenen geheimen Wahl für ihn stimmen. Da aber innerhalb von 14 Tagen ein zweiter und gegebenenfalls ein dritter Wahlgang erfolgen kann, in dem zunächst der gewählt ist, der mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält, genügt bereits das Fortbleiben einiger Arnold wohlwollender Oppositioneller der FDP. Schließlich könnte der dritte Wahlgang als Stichwahl einem CDU-Zentrumskandidaten auf jeden Fall die Mehrheit bringen, da eine SPD-FDP-Koalition in Nordrhein-Westfalen unvorstellbar ist.

Wichtiger aber als die parlamentarische Möglichkeit ist die politische Verantwortbarkeit einer solchen Regierungskonstruktion. Sie würde eine auf permanente Tolerierung angewiesene Schwächekonstruktion sein, die mit wechselnden Mehrheiten nicht zieltowast regieren könnte, sondern nur laviieren müßte. Es ist noch nicht die Stunde gekommen, die vorläufigen Konsequenzen einer solchen Spekulation aufzuzeigen, in die Arnold geneigt sein mag, sich auf der Flucht vor den Schwächen zu verstricken. Hier kann Illusion leicht zum Verhängnis werden!

Eupen - Malmedy hat Sorgen

F.J.H. - Die Gebiete um Eupen und Malmedy sind schon seit jeher ein ähnlicher Zankapfel wie das Saarland und Elsass-Lothringen. Die Bewohner dieses Grenzgebietes haben wiederholt die Nationalität wechseln müssen. Einmal gehörten sie zu Belgien und einmal zu Deutschland. Nach jedem Krieg erhielt der Sieger das Gebiet. Zwischen den Kriegen wurden dann wieder Grenzkorrekturen durchgeführt. Gebiete ausgetauscht und eingehandelt. Die Menschen blieben in diesen Gebieten zwar die gleichen, ob sie nun die belgische oder deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Sie wissen ja auch gar nicht, welcher Nationalität sie wirklich und richtig angehören. Die Geburts- und Taufurkunden der Vorfahren machen manchmal gewiegten Ahnenforschern Kopfzerbrechen. Da weiß man wirklich oft nicht mehr, wer Deutscher und wer Belgier war und ist.

Nach dem letzten Krieg ist Eupen - Malmedy wieder an Belgien gefallen - wie konnte es auch anders sein. Aber die belgische Verwaltung ist den in diesem Gebiet ansässigen Industriebetrieben nicht sonderlich gut bekommen. Insbesondere die Eupener Textilindustrie muß einen harten Existenzkampf durchfechten. Gewiss, die Textilindustrie in der Bundesrepublik ist ebenfalls zur Zeit nicht gerade auf Rosen gebettet, aber die Eupener Industrie hat weit größere Sorgen. Die Webereien sind kaum zu 45 bis 50 % ausgelastet und ihre Produktion deckt gerade nur die Unkosten. Die mageren Aufträge erlauben höchstens Kurzarbeit. Auch die bekannten Eupener Seilerei Betriebe haben große Absatzsorgen.

Auch insgesamt gesehen ist die Lage für die im Gebiet Eupen-Malmedy ansässige Industrie äußerst schwierig. Dazu tragen einmal die Exportbeschränkungen der belgischen Regierung und dazu die Importbeschränkungen der infragekommenden Absatzländer bei. Der belgische Markt allein ist keinesfalls in der Lage, die Produktion der Betriebe im Grenzgebiet aufzunehmen. Die Betriebe im Gebiet Eupen-Malmedy wollen aber produzieren, die Arbeiter wollen Geld verdienen und entsprechend leben. Das können sie nicht, solange kurzarbeitet wird. Die belgische Regierung hat sich bis jetzt wenig um die Lage im Grenzgebiet gekümmert, und es scheint fast, als würde dieses Gebiet als lästiges Anhängsel betrachtet.

Unternehmer und Arbeiter haben die belgische Regierung schon mehrfach für ihre schlechte Lage verantwortlich gemacht. Dann hat

1. Juli 1954

zwar die Regierung sich bereit erklärt, zu helfen aber es ist meist bei dem Versprechen geblieben, so dass man gelegentlich privat die Meinung hört, den Menschen in diesem Gebiet würde es vielleicht besser gehen, wenn sie wieder zu Deutschland gehörten. In umstrittenen Grenzgebieten ist es nie gut, offen zur einen oder anderen Seite hin Stellung zu nehmen - das könnte früher oder später böse Folgen haben. Das haben die Grenzbewohner zu oft schon miterlebt und sind dadurch klug geworden. Solange es ihnen gut geht, kommt die Nationalität erst in zweiter Linie. Wenn es ihnen aber schlecht geht, dann wünschen viele im stillen, Bürger der anderen Nation zu werden. So sind die Menschen an der Grenze.

+ + +

Pankows erfolgloser Abstimmungsbetrug

C.B., Berlin

Die sogenannte "Volksbefragung über Frieden oder Krieg" - man kann die der Sowjetzonenbevölkerung präsentierte, absichtlich falsche Alternativfrage "für Friedensvertrag oder EWG" auf diese kommunistische Propagandaformel bringen - ge hört der "Geschichte" an. Sie gehört zu jenen "historischen Ereignissen", die die kommunistische Presse nicht müde wird zu feiern und die als mehr oder weniger gut getarnte Täuschungsmanöver der sowjetischen und pankower Politik als Grundlage dienen.

In einem Diktatur-Regime, wie es der SED-Staat darstellt, muß schon die Idee eines "Volksentscheids" von vornherein zu einer Farce, je sogar zu einem Betrug werden, weil es hier echte demokratische Entscheidungen, wie eine Wahl, niemals geben kann. Was als "nationale Selbstbestimmung des Volkes" ausgegeben wird, ist in Wirklichkeit bereits in seinem Resultat in dem Augenblick festgelegt wenn sich die Manager des Regimes zu einer solchen Maßnahme entschließen.

Die vom 27. bis 29. Juni durchgeführte "Volksbefragung" hat diese Wahrheit erneut bewiesen. Ganz gleich, ob als endgültiges Ergebnis 90, oder, wie es Donnerstag Morgen geschahen ist, 93,5 % der Stimmen für den Friedensvertrag verkündet werden, fast noch wichtiger als dieser zahlenmäßige "Wahlsieg" ist dem Regime das ganze Theaterschauspiel der "Volksbefragung" selbst. Dieser "Volksentscheid" hat genau so, wie jeder Massenaufmarsch, wie irgendeiner

der zahlreichen nationalen Kongresse oder eine Kundgebung mit Massenaufgebot die Funktion einer Selbstbestätigung des Regimes und der Vortäuschung einer echten Bindung zum Volk. Zu der raffiniert ausgeklügelten Regie gehörte auch im Gegensatz zu den "Wahlen" von 1950, dass man diesmal nach außen einen korrekten Abstimmungsvorgang vortäuschte. In allen Wahllokalen waren einwandfreie Wahlzellen vorhanden, in denen jeder sein Kreuz unbeobachtet hätte machen können. Man hatte jedoch mit Absicht die geschlossen herangeführten Gruppen der Abstimmenden bereits am ersten Tage in den Vormittagsstunden ins Wahllokal dirigiert, so dass die individuelle Benutzung der Wahlzelle, nachdem die an der Spitze stehenden Funktionäre offen ihre Stimme abgegeben hatten, zu einem enthüllenden Ausruch aus der demonstrativen Einmütigkeit der Masse geworden wäre. Die offene Stimmabgabe wurde daher für sehr viele un vermeidbar. Immerhin, wenn früher das "offene Bekenntnis" in den Berichten der SED-Presse groß herausgestellt wurde, so man es diesmal vor, wohlweislich nicht darauf einzugehen.

Zur Volksfestregie gehörte dort, wo die Wahlbeteiligung am ersten Tag sehr schlecht war, weil hier der Widerstand gegen die betrügerische Komödie nicht unbedingt zu einer Gefährdung werden mußte, dass in Rundfunk und Presse die Beteiligungszahl einfach gefälscht wurde. Aus 15 wurden durch einen Federstrich 90 %. In Ostberlin waren nach dem zweiten Tag erst 60 % an der Wahlurne erschienen. Schon die ersten Teilergebnisse, die man nach dem ersten Tag triumphierend veröffentlichte, lauteten auf 100, im schlechtesten Fall auf 96 % für den "Friedensvertrag". Damit zeigte sich bereits, wie man das endgültige Ergebnis rangieren würde.

Die Entscheidung über den Stimmzettel durfte nur der Abstimmungsleiter treffen, der in jedem Fall von der SED als völlig parteiergeben begutachtet worden war. Er allein, nicht die Beisitzer, die von ihm entfernt plaziert waren, konnte den Stimmzettel einsehen. Sie mußten zwar nach Abschluß der Zählung das Protokoll unterschreiben, aber eine eigene Kontrollmöglichkeit hatten sie nicht, wenn der Abstimmungsleiter vorher die Entscheidung "für den Friedensvertrag" verkündete. Aber all dies kann die Bevölkerung der Zone nicht in ihrer Überzeugung schwankend machen, dass die Weltöffentlichkeit die "Volksbefragung" als ein neues Betrugsmanöver erkennen wird.

Noch eines gilt es eindeutig festzuhalten: Die Volksbefragung geht auf gewisse Molotow-Vorschläge während der Berliner Viererkonferenz zurück. Angesichts der Demaskierung dieses Täuschungsmanövers sollte man auf sowjetischer Seite nicht versuchen in der Deutschland-Debatte mit Argumenten zu kommen, die sich auf das Resultat dieses "Volksbegehrens" berufen. Die Zeit ist vorbei, wo man irgendjemanden noch über die Fragwürdigkeit solcher volksdemokratischen Inszenierungen täuschen könnte. Jede Berufung auf die "93,5 % der Stimmen für den Friedensvertrag" ist von vornherein nichtig. Das sollte man sowohl in Karlshorst, wie auch in Pankow zur Kenntnis nehmen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau